

Im Internet entgleist die Waffen-Debatte

Einträge in Foren und anonyme E-Mails bestimmen mit aggressivem Ton die Diskussion

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Wie viele Opfer hätten den 11. September überlebt, wenn auch nur jeder zehnte Fluggast eine Waffe dabei gehabt hätte? Eine absurde Frage? Sie wird aber ernsthaft gestellt und dokumentiert gleichzeitig, welche Formen die Debatte über die geplante Waffensteuer in Bremen angenommen hat. Vor allem Internetforen sind reich an verbalen Entgleisungen – bis hin zu Nazi-Vergleichen.

Die Debatte über eine Waffensteuer in Bremen wird von der ersten Minute an sehr emotional geführt. Als am 23. Februar dieses Jahres die Bürgerschaft den entsprechenden Antrag der Regierungskoalition diskutierte, waren die Ränge des Parlaments gefüllt mit Schützen, Sportschützen und Jägern. Die Empörung war greifbar, vor allem als SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe als Initiator das Wort ergriff. Das hat sich fortgesetzt.

Waffenblog, Forum Waffenrecht, Guntalk – die einschlägigen Adressen und Seiten im Netz lassen keinen Zweifel daran, worum es geht. Hier werden Waffenbesitzer zum Teil als Menschen dargestellt, die in einem Polizeistaat und von der Politik unterdrückt würden. Die Texte, die per Mail und in Internetforen verbreitet werden, sind mitunter nur schwer zu verdauen. „Beide Attentate waren ja nur deswegen möglich, weil außer den Tätern niemand bewaffnet war.“ Damit bezieht sich ein Bre-



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe wird in einigen Internet-Einträgen und E-Mails direkt angegriffen.

FOTO: KOCH

mer auf den 9. September und auf das Attentat von Norwegen im vergangenen Sommer. Und er betont in einer Mail an die Redaktion, dass er diesen Einwurf tatsächlich vollkommen ernst meint.

Die SPD-Fraktion hat anonyme Post bekommen. Der „DDR-Bürger“ ärgert sich offenbar extrem über die geplante Waffensteuer. Auch er argumentiert – wenn auch in wenig feinen Worten – mit dem Selbstschutz-Argument: „Erst wenn ihr in die Mündungen dieser Waffen schaut, werdet ihr begreifen, was ihr versaut habt.“ Anbei schickt er noch ein Bild von Jugendlichen auf einem Schießstand in der ehemaligen DDR – mit Maschinengewehren. Eine Erinnerung an alte Zeiten.

Im Internet-Videoportal Youtube stellt ein Nutzer, der sich hinter einem Pseudonym verbirgt, eine Flut merkwürdiger Filmbeiträge ein. Da werden zum Beispiel Rentnerinnen aufgefordert, sich mit Schusswaf-

fen gegen den nächsten Handtaschenräuber zu wehren. Journalisten werden angegangen und Politiker, die die Zahl der Waffen in Deutschland verringern wollen, werden mit Nazis gleichgesetzt. Die SPD hat die Filme rechtlich prüfen lassen – Ergebnis: Der Hersteller ist kaum zu belangen, weil niemand direkt und mit Namen angegriffen wird. In einem dieser Videos heißt es: „Es gibt in diesem Land wieder Menschen, die von Presse, Funk und Fernsehen in ‚Goebbels-Manier‘ diffamiert werden.“

Die Waffensteuer-Debatte in Bremen ist eine Art Epizentrum, dessen Wellen bis über die Grenzen Deutschlands hinaus Auswirkung zeigen. In Österreich gibt es eine „Interessengemeinschaft liberales Waffenrecht“. Dort steigt ein Kommentator mit den Worten in seinen Text ein: „Deutschland ist reich an dummen Politikern.“ Die Zeile bezieht sich augenfällig auf den Bremer SPD-Fraktionsvorsitzenden.

Es geht auch ein wenig gesetzter. In einem offenen Brief hat sich der Bezirksschützenverband Bremerhaven-Wesermünde an Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil gewandt. Die „SPD-Sportgerätesteuer“, wie sie die Schützen in diesem Fall bezeichnen, hätte Auswirkungen auch auf das größte Schützenfest der Welt.

Der Senat legt in einigen Wochen seinen Bericht vor. Darin soll aufgezeigt werden, ob eine Waffensteuer rechtlich möglich ist. Sollte der Senat fundierte Bedenken haben, wird ein Alternativvorschlag erwartet.